

WETTER IN PADERBORN

Bedeckt
Bis 15 Grad
Noch Hochdruckeinfluss

SIEHE WETTERKARTE

Bluttests in Mastbruch

Ellen Zajonz, Sprecherin der Bürgerinitiative »Gegenwelle«, ist zufrieden: Mit Bluttest in Mastbruch wollen Mediziner herausfinden, ob Funkwellen schädlich sind.



Lokalteil

»Rabatzer« soll Strafe zahlen

Das Amtsgericht Paderborn hält den 38-jährigen Frank Gockel für einen der »Rabatzer«-Hausbesetzer und verurteilte ihn gestern zu einer Geldstrafe. Der Verurteilte, mittellos und bisher ohne Vorstrafe, will in Berufung gehen.



Lokalteil

PADERBORN

■ Splitt auf der Straße
Noch bis Ostern muss gekehrt werden

■ Starker Kunstband
509 Bilder aufgenommen in Lucas-Werkverzeichnis

■ Schwarze Zahlen
Bahnen im Hochstift erleben einen Boom

FUSSBALL AKTUELL

Champions League
Achtelfinale

Barcelona - Stuttgart 4:0

POLITIK



Die Gesundheitskommission hat ihre Arbeit aufgenommen: Mit der ersten Sitzung ist Minister Philipp Rösler zufrieden.

WIRTSCHAFT

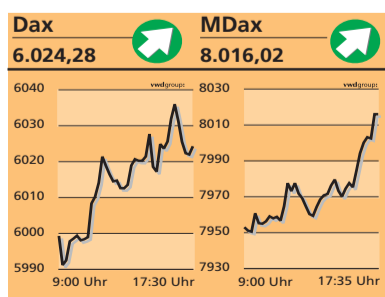
Der Möbelzulieferer Hettich hat mit Umsatzrückgängen zu kämpfen und investiert dennoch.

KULTUR



Köln zeigt archäologische Funde aus NRW. Manfred Schlösser präparierte einen Star der Schau: ein Dinosaurierskelett.

BÖRSE



Nummer 65 / 11. Woche
7268 / 163. Jahrgang
www.westfalen-blatt.de



Arminia begegnet Fans mit Offenheit

Vizepräsident Kottmann tritt zurück

Bielefeld (WB). 350 Arminia-Fans haben sich gestern Abend in der Schüco-Arena die Gründe für den Vier-Punkte-Abzug erklären lassen. »Ich habe diese Entwicklung noch vor acht bis zehn Tagen nicht kommen sehen«, räumte Aufsichtsratschef Norbert Leopoldsdeder ein. Den überzogenen Bielefelder Etatansatz für die Zweitliga-Saison, der letztlich zur Strafe führte, bezeichnete er als »Fehlentscheidung, zu der wir stehen müssen«. Die Anhänger reagierten gespalten. In die Pfiffe mischte sich Beifall für die Offen-



Arminia-Vize Frank Kottmann hört auf.

heit der Klubfunktionäre. Die Diskussion verlief kritisch, aber besonnen. Kradwalle blieben aus. Das Kontrastprogramm erlebte Frank Kottmann. Der Vizepräsident legte nach den dramatischen Ereignissen bei Arminia sein Amt nieder. Der Gütersloher begründete den Rücktritt mit persönlichen Anfeindungen und Drohungen.

Sport

Diskutieren Sie mit im Internet unter:

@ www.westfalen-blatt.de



Die Arminia-Anhänger hören die Erklärungen der Klubfunktionäre zur harten Bestrafung des Zweitligisten. Die Reaktion der Fans reicht von Pfiffen zu Beifall für die offenen Worte. Fotos: Thomas F. Starke

Merkel verurteilt Missbrauch

Regierung richtet Zentralstelle ein – katholische Kirche sagt Aufklärung zu

Berlin (dpa/epd). Nach mehrwöchigem Streit zwischen den Fachministerien hat sich die Bundesregierung auf eine neue Zentralstelle zur Aufarbeitung und Bekämpfung von sexuellem Missbrauch geeinigt. Auch die katholische Kirche soll an dem Runden Tisch vertreten sein.

betonte bei einem Treffen mit den kirchen- und religionspolitischen Sprechern der Fraktionen, dass die katholische Kirche alles tun werde, um eine lückenlose Aufklärung und vollständige Transparenz der Fälle sexuellen Missbrauchs zu garantieren.

Merkel sagte, man müsse über Verjährung und könne über Entschädigung sprechen. Sie betonte, die Diskussion über die Aufarbeitung der »verabscheuungswürdi-

gen Verbrechen« dürfe sich nicht auf die katholische Kirche beschränken: »Es ist etwas, was in vielen Bereichen der Gesellschaft sich ereignet hat, und es ist vor allen Dingen auch etwas, was sich heute teilweise in anderer Form, aber mit gleichen Folgen, wieder ereignet.«

Bislang hatte Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) einen eigenen Runden Tisch für Entschädigungs-

und Verjährungsfragen gefordert, während die Ministerinnen Kristina Schröder (Familie) und Annette Schavan (Bildung, beide CDU) einen weiteren Runden Tisch mit dem Schwerpunkt Vorbeugung einrichten wollten.

Die Kanzlerin hatte sich für ein einheitliches Vorgehen eingesetzt und begrüßte, dass die drei Ministerinnen nunmehr gemeinsam ein zentrales Forum schaffen wollen. Der Runde Tisch soll erstmals am 23. April tagen.

Bayern arbeitet unterdessen an einer Bundesratsinitiative, die eine Verlängerung der Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch im Strafgesetzbuch vorsieht. Derzeit liegt die Verjährungsfrist nach Beginn der Volljährigkeit bei zehn Jahren. Diese Frist solle auf 30 Jahre erhöht werden, damit die Opfer auch später noch juristisch gegen Täter vorgehen können.

Seite 4: Hintergrund

Psychopillen für jedes 30. Kind

Düsseldorf (epd). Immer mehr Kinder in NRW werden mit Medikamenten gegen das Aufmerksamkeitsdefizit-Syndrom ADHS behandelt. In den vergangenen fünf Jahren sei ihr Anteil um 71,1 Prozent gestiegen, teilte die Krankenkasse KKH-Allianz gestern in Düsseldorf mit. In NRW erhielten 2009 etwa 3,6 Prozent der Kinder und somit mehr als jedes 30. zwischen sechs und 18 Jahren Psychostimulanzien, damit sie aufmerksamer und konzentrierter sein könnten. Bundesweit seien es 3,8 Prozent. Auch der Jahresverbrauch jedes einzelnen gegen ADHS behandelten Kindes ist den Angaben zufolge in NRW zwischen 2005 und 2009 um 15,9 Prozent gestiegen. Die Krankenkasse warnte vor einem sorglosen Umgang mit den Psychostimulanzien. »Eine Behandlung sollte gut überlegt sein, denn über die langfristigen Nebenwirkungen der Medikamente ist noch zu wenig bekannt«, sagte der Leiter des Servicezentrums, Gerd Peters.



BECKER SPRICHT VON SCHULD

Der Paderborner Erzbischof Hans-Josef Becker spricht in der Debatte über Kindesmissbrauch von einer »schmerzlichen Entwicklung«. Zugleich warnt er davor, Priester als »unangefochtene heilige« Außenseiter zu betrachten. Zu einer »menschlichen Kirche« gehörten auch »Schwächen, Grenzen und Schuld.«

EU: Deutschland muss mehr sparen

Brüssel (dpa). Die EU-Kommission hat Deutschland zu härteren Spar-Anstrengungen aufgefordert, um den wachsenden Schuldenberg abzubauen. Pünktlich zur Generaldebatte im Bundestag zum Haushalt in Berlin schrieb die Brüsseler Behörde, es sei nicht sichergestellt, dass die Neuverschuldung wie geplant bis 2013 wieder unter die Grenze von drei Prozent sinken werde. Seite 4

»Zivildienst erst im Oktober antreten«

Wilhelmshaven (epd). Die Zentralstelle für Wehrdienstverweigerer hat Zivildienstleistenden empfohlen, ihren Dienst erst nach dem 1. Oktober anzutreten. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) will die Wehrdienstverkürzung von neun auf sechs Monate zum 1. Oktober vorziehen. Wer bis zum September seinen Dienst antrete, müsse neun Monate dienen. Seite 2

Hartz-IV: Mehrheit für Arbeitspflicht

Hamburg (epd). 72 Prozent der Deutschen befürworten nach einer Forsa-Umfrage, dass Hartz-IV-Empfänger zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden. Damit könnte eine Gegenleistung für die staatliche Unterstützung erbracht werden. 24 Prozent lehnen eine solche Arbeitspflicht ab. Die stärkste Zustimmung kommt von Anhängern von FDP 88 Prozent und Union (87 Prozent).

Na, wer sagt's denn!

»Dabei werden wir den Gesundheitsminister unterstützen, sofern er die Unterstützung überhaupt braucht. Er ist ja ganz selbstständig – auch in seinen eigenen Aussagen.« Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Gesundheitsreform

Jeder dritte Nachbar streitet mal

Nürnberg (WB/bex). Wenn Nachbarn sich in die Haare geraten, dann vor allem wegen vermeintlicher Lärmbelästigung. Akademiker sind besonders streitlustig. Das hat eine repräsentative Umfrage des Internetportals ImmoWelt (Nürnberg) zum Thema Nachbarschaftsstreit ergeben. Knapp ein Drittel der Deutschen hat demnach schon einmal Zoff mit den Nachbarn gehabt. 55 Prozent der 1000 Befragten gaben an, sich mit den Mitmenschen von

nebenan gut zu verstehen, 13 Prozent haben keinen oder kaum Kontakt zu ihnen.

Wenn es aber kracht, dann ist in 55 Prozent der Fälle der Lärmpegel Auslöser. Auf Platz zwei der Streitgründe steht die Hausordnung (24 Prozent). Wenn der Müll nicht richtig getrennt wird, reizt dies 13 Prozent zum Streit. Streitlustiger als der Durchschnitt sind Akademiker. Wer sie als Nachbarn hat, sollte sich gut überlegen, ob er die Stereoanlage aufdreht. Denn

nicht nur streiten Nachbarn mit Hochschulabschluss allgemeiner häufiger (38 Prozent); wenn sie es tun, dann auch bevorzugt wegen Lärms. Jedenfalls sind ein lauter Fernseher oder eine ausgelassene Party in 64 Prozent der Fälle Anlass, dass Akademiker einen Streit beginnen. »Das hat uns überrascht«, sagt ImmoWelt-Sprecherin Barbara Schmid. Allerdings: Warum Männer und Frauen mit Hochschulbildung häufiger streiten, ist nicht bekannt.

Unsere Mineraliensammlung.

Calciumreich
Mineralien Garantie
Natriumarm

Carolinen
Aus gutem Grund